Ankleben! Weiter geben!

4. Jahrgang. Nr. 219. Einzelnummer 4.— Mk.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 4.— Mk. Durch Austräger 17.50 Mk. pro Woche, 70.— Mk. pro Monat. Durch die Post 80.— pro Monat, z. Nachzahl. a. d. Verlag v. 40 Mk. Redaktionssprechst.: 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 81069. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 27. Sept. 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 8.— Mk., auswärts 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 1.70 Mk. — Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 20.— Mk.

# Der Reichsausschuß der Betriebsräte an die Reichswehr!

## Kameraden im bunten Rock!

Wir, das arbeitende Volk mit den harten Händen und der von Hunger und Sorge gefurchten Stirn, richten einen lauten Ruf an euch alle, die ihr keine Achselstücke tragt. Ihr habt wie wir vor einer Kriegszeit in schwerer Arbeit den Lebensunterhalt verdient und werdet es wieder tun müssen, wenn ihr die Uniform auszieht.

Denkt daran und hört, was wir, die Beauftragten aller Hand- und Kopfarbeiter, die gegen die unerträgliche Teuerung den Kampf beginnen wollen, euch sagen.

Schweres Schicksal liegt über der Heimat. Ein schwerer, blutiger Krieg hat Deutschland tiefe, schwere Wunden geschlagen.

**Millionen Tote, Millionen Verstümmelte und Kranke, Millionen Witwen und Waisen!**

Die werktätige Bevölkerung leidet nicht nur in Deutschland, auch in Belgien, Frankreich, England und Rußland, in Asien, bei den Indern, in Afrika bei den Negern, überall Elend und Trauer auf der ganzen weiten Welt.

Warum? Weil einige wenige steinreiche Leute in Deutschland und Oesterreich sich mit denen aus Rußland, Frankreich und England bei ihrer gemeinsamen Jagd nach Geld und Profit in die Haare gerieten und deshalb die Völker mit Maschinengewehren und Tanks, mit Feuerwerfern und Gaswolken aufeinanderhetzten.

**Die Kapitalisten der Entente überwanden die deutschen und der Räubervertrag von Versailles**

machte dem blutigen Gemetzel ein Ende. Jene, die im Kriege herrlich und in Freuden lebten, als wir im Dreck der Schützengräben, im höllischen Feuer lagen, leben auch heute herrlich und in Freuden.

Die deutschen Kapitalisten, die Großindustriellen, die Bankdirektoren und die Großgrundbesitzer sind gezwungen, einen Teil ihrer Einkünfte aus unserer Arbeit an die feindlichen Kapitalisten abzuliefern. **Aber die deutschen Kapitalisten wollen und zahlen nicht selbst, ebensowenig wie sie selbst blututen im Kriege.** Sie, die im Falle eines deutschen Sieges, wie jetzt die Franzosen bei uns, ungeheure Gewinne bei dem Besiegten für sich eingetrieben hätten, versuchen jetzt, alle Lasten auf die sowieso schon schwertragenden Schultern des eigenen arbeitenden Volkes abzuwälzen. Die Beamten, die Arbeiter und die Angestellten, die Taglöhner auf dem Lande und die Kleinbauern sollen und müssen die Kriegsschulden bezahlen. Aber die reichen Leute, durch die der Krieg angezettelt wurde, alle jene, die im Falle des Sieges den

**Die Kapitalisten drücken sich, wollen ihre Reichtümer alle unversehrt behalten, wollen weiter zinsen wuchern, prassen, schlemmen. Das arme, werktätige Volk soll zahlen, hungern und leiden.**

Um das zu erreichen, haben sie schnell die ehemalige Feindschaft vergessen. Es war ja nicht ihr Blut, das vier Jahre lang geflossen ist.

**Die deutschen Kapitalisten und ihre Werkzeuge, die reaktionären und die monarchistischen Offiziere haben sich mit den „Todfeinden" in Frankreich und England schnell wieder vertragen**

und helfen jetzt den französischen und englischen Kapitalisten, uns allen das Fell über die Ohren ziehen. Betrachtet die Tatsachen. Stinnes, der Führer der deutschen Kapitalisten, hat sein Geschäft mit denen von Frankreich abgeschlossen und **verdient dabei so nebenher die „kleine Summe" von 100 Milliarden Mark.** Ludendorff, der Held und das Vorbild aller reaktionären Offiziere, lebt trotz seines Wahlspruches „Gott strafe England" mit den Engländern in allerbester Freundschaft. Schreibt gutbezahlte Artikel für englische Zeitungen und beklagt sich in England über die Wankelmütigkeit, Feigheit und Arbeitsschwund der deutschen Soldaten und Arbeiter.

Die deutschen Kapitalisten haben Angst, daß das deutsche Volk sich gegen die Ausbeuterpläne der verbündeten deutsch-französisch-englischen Kapitalisten wehren wird, und darum haben sie schon bei den Verhandlungen in Spa durch die deutsche Regierung, die ganz in ihrer Hand ist, bei der Entente angefragt, ob diese ihr bei der Versklavung der arbeitenden Massen nicht Waffenhilfe leisten wolle. Die Entente hat geantwortet durch den englischen Premierminister Lloyd George: Jawohl, die Entente sei jederzeit dazu bereit. Sie, die Engländer und Franzosen, hätten ja selbst das größte Interesse daran, Unruhen und Aufstände der deutschen Arbeiter niederzuschlagen. Die deutschen Siege der Arbeiterschaft würden ja die französischen und englischen Arbeiter rebellisch machen, die von ihren Machthabern zu Hause genau so mißhandelt und ausgebeutet werden. So ist es:

**Die deutschen, englischen und französischen Kapitalisten haben sich verbündet, um dem**

## Reichswehrsoldaten, Beamte der Schupo, Sipo, Stapo, Lapo usw.!

**deutschen arbeitenden Volk in Stadt und Land die gesamten Kriegslasten aufzubürden.**

Rücksichtslos, so lautet die Abrede, sogg das deutsche arbeitende Volk dazu gezwungen werden. Stinnes ist bereit, den französischen Landesfeind ins Ruhrgebiet zu rufen, um die rebellierenden Bergarbeiter niederzuschlagen. Jede ernste Regung des Protests und der Abwehr der bittersten Not soll im Keime erstickt werden. Und sei es mit Waffengewalt.

**Euch hat man dazu auserlesen!**

Ihr sollt zwischen die hungernden und empörten Massen und die Geldschränke der Kapitalisten gestellt werden, damit unsere gemeinsamen Ausbeuter ihren Raub in Ruhe genießen können. — Ihr sollt die Ordnung sichern, die durch den Versailler Friedensvertrag uns aufgezwungen wurde und die den Kapitalisten diesseits und jenseits der Grenzen ihre Reichtümer unversehrt erhalten soll.

Euch, Kameraden von der Reichswehr, auch Euch, Beamte von der Grünen Polizei, hat man bestimmt, diese Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Mann will Euch dazu mißbrauchen,

**mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten, mit blauen Bohnen und Giftgasen, die vollständige Versklavung des armen werktätigen Volkes zu erzwingen. Ihr Kameraden in der Uniform sollt mit Leib und Leben für die Interessen französischer und englischer Ausbeuter und Wucherer gegen eure eigenen Volksgenossen kämpfen, weil sich Stinnes mit den Franzosen und Krupp mit den Engländern ausgesöhnt haben.**

Wir haben uns zusammengeschlossen, um gegen Hunger und Ausplünderung den Kampf zu beginnen. Die arbeitenden Massen fangen an, einzusehen, daß sie sich in ihrem Kampf auf niemand verlassen können, als auf sich selbst. Sie glauben nicht mehr an eine Hilfe durch die Regierung, die schon zu oft versprach und niemals Wort hielt. Die Teuerung wächst unerbittlich. Die Steuern wachsen, aber die Löhne, die Gehälter halten nicht Schritt. Jeder, der von Sold, Lohn oder Gehalt lebt, rutscht immer mehr dem Abgrund zu, während die Kapitalisten, die Wucherer und Schieber sich in ihrem Wohlleben über die Not des deutschen Volkes lustig machen können. Die Lage wird von Monat zu Monat unerträglicher. Hier gibt es nur eine Rettung:

**Das deutsche, arbeitende Volk, das ausgebeutete und unterdrückte, muß seine Sache in die eigenen Hände nehmen.**

Wir, die Vertreter des arbeitenden Volkes in den Fabriken, fordern alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, alle Taglöhner und Kleinbauern auf, sich mit uns zusammenzuschließen, damit wir uns gemeinsam zum Kampf gegen Ausbeutung und Versklavung rüsten.

**Beamte der Grünen Polizei!**

Planmäßig haben eure Offiziere, die Kapitalisten und ihre Regierung versucht, Euch in Unkenntnis zu lassen über das, was vorgeht. Ihr sollt blinde, willige Werkzeuge in ihrer Hand bleiben.

Ihr seid Kinder des Volkes, seid nicht Kinder jener Klasse von Schmarotzern, die heute noch Deutschland beherrscht, die das Land und seine Reichtümer und Euch und uns dazu an den „Erbfeind" wie Judas für einige Silberlinge verschachern. Ihr werdet niemals Offiziere, Fabrikbesitzer, Bankdirektoren oder Rittergutsbesitzer, bleibt Wachtmeister und einfache Soldaten, bis Ihr den Arbeiterrock zu schwerer Fron wieder anzieht. Deshalb:

**Haltet mit den Arbeitern zusammen!**

**Verbündet euch mit uns! Kommt zu unseren Versammlungen, schickt eure gewählten Vertreter zu unseren Zusammenkünften!**

**Lest die Arbeiterzeitungen!**

**Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte**

J. A.: Hermann Grothe.

## Die Vorbereitungen zum Reichsbetriebsrätekongreß.

Zum Sonntag, den 24. September war der Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands zusammenberufen, um die technischen Vorarbeiten für den Reichsbetriebsrätekongreß zu leisten, die Berichte über die Bewegung im Reich entgegenzunehmen und Beschlüsse über die Durchführung der praktischen Agitation und der geplanten Demonstration zu fassen.

Der Vorsitzende, Kollege Grothe, Berlin, berichtete eingangs die Verhandlungen mit dem ADGB., die das Präsidium im Auftrag der Vorkonferenz vom 17. September gepflogen hat. Die Vertreter des ADGB. haben der Betriebsrätekommission gegenüber auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegen die Abhaltung eines Betriebsrätekongresses verharrt und trotz des Widerspruchs einiger nichtkommunistischen Betriebsräte die ganze Bewegung als eine „kommunistische Mache" hingestellt. Die ADGB.-Führer behaupteten wieder, wie schon oft, daß sie alles getan hätten, was im Interesse der Arbeiterschaft zurzeit gegen die Teuerung zu unternehmen möglich sei. Ein Betriebsrätekongreß würde auch keine besseren Resultate zeitigen. Der ADGB. ist also entschlossen, seine Taktik der Bittgesuche an die Regierung fortzusetzen, und weigert sich nach wie vor, die Macht der Gewerkschaften durch Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft einzusetzen. Als ein Betriebsrat den ADGB. auf die Nichtdurchführung seiner eigenen 10 Forderungen und den ausdrücklichen Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses aufmerksam machte, erklärte Nörpel: „Ach was, diese Forderungen sind in der deutschen Wirtschaft undurchführbar."

An den Bericht Grothes schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der die Ausschußmitglieder aus den verschiedensten Bezirken des Reichs über den günstigen Stand und die ständig wachsende Bewegung berichteten. Fast ausnahmslos fordern die Arbeiter in den Betrieben den Betriebsrätekongreß und setzen sich durch Wahl von Kontrollausschüssen, durch Geldsammlungen und Beschlüsse mit aller Energie für die Bewegung ein. Aus allen Berichten ging hervor, daß die überall sabotierenden Gewerkschaftsbürokraten den Boden bei den Massen vollkommen verloren hätten. Der Vertreter von Königsberg teilte unter lebhafter Entrüstung mit, daß gegen ihn auf Grund seiner Mitgliedschaft des Reichsausschusses ein Ausschlußverfahren von dem Hauptvorstand seiner Gewerkschaft eingeleitet worden sei. Ebenso berichtete der Vertreter aus Leipzig, daß dort vom Textilarbeiterverband 3 Kollegen, die sich in einen Kontrollausschuß delegieren ließen, ausgeschlossen werden sollten. Nach ausgiebiger Debatte über die beste Form und den Termin der Demonstration wurde beschlossen:

**Die Demonstration wird überall da, wo es die Verhältnisse gestatten u. a. in Berlin und Rheinland Westfalen, am Sonntag, den 1. Oktober, abgehalten. In den Bezirken, wo der Sonntag nicht als günstig erscheint, wird am Montag, den 2. Oktober demonstriert.**

Die Tagesordnung für den Kongreß wurde folgendermaßen festgesetzt:

1. Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse.
2. ADGB., Arbeiterparteien und Betriebsrätebewegung.
3. Bericht aus dem Reich.
4. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion und unsere nächsten Schritte.
5. Die Jugendfrage.
6. Die Aufgabe der Konsumgenossenschaften im Kampf gegen die Teuerung.
7. Organisatorische Angelegenheiten und Kassenbericht.
8. Wahlen.
9. Verschiedenes.

Die Tagesordnung kann selbstverständlich, wenn es die Verhältnisse gebieten, noch umgestellt werden. Als Referenten sollen nur Kollegen aus den Reihen der Betriebsräte der verschiedenen Bezirke in Betracht kommen.

Zum Wahlreglement wurde beschlossen:

Wahlberechtigt ist jeder Arbeitnehmer über 18 Jahre. Wählbar jeder Betriebsrat über 24 Jahre.

Der endgültige Termin für den Betriebsrätekongreß soll in der nächsten Ausschußsitzung festgelegt werden. Es wurde noch ein Aufruf „An die Kameraden im Waffenrock" beschlossen, des weiteren, daß die Bezirksausschüsse durch besondere Plakate und Flugblätter an die Arbeiterschaft und besonders an die Beamten herantreten sollen. Als offizielles Organ des Ausschusses gilt das Mitteilungsblatt, das womöglich allwöchentlich erscheinen soll und für dessen weiteste Verbreitung die Betriebsräte und die Arbeiterschaft aufgefordert werden.

Nach Erledigung einiger organisatorischer Fragen wurde die Tagung von Grothe geschlossen mit einem Appell, die Zeit bis zum Betriebsrätekongreß zu nützen und für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse Sorge zu tragen.

**An die Arbeit!**

# Am 1. Oktober demonstriert die deutsche Arbeiterschaft gegen die Teuerung und für den Reichsbetriebsrätekongreß. Keine Instanzen werden diese Demonstration unterstützen, [illegible] werden sie vielmehr sabotieren. Arbeiter und Arbeiterinnen, Genossen und Genossinnen, zeigt Eure Kraft und demonstriert trotzdem, denn es handelt sich um Eure Sache!

## Weitere Berliner Betriebe für den Reichsbetriebsrätekongreß.

**Das Personal des Städtischen Krankenhauses am Urban** beschäftigte sich in einer Versammlung mit den von den Berliner Betriebsräten eingeleiteten Schritten zum durchgreifenden Kampf gegen Teuerung und Wucher. Die Belegschaft gab in folgender angenommener Resolution ihren Willen kund:

„Die am 21. September versammelte Arbeiterschaft des Städtischen Krankenhauses am Urban erklärt sich mit dem Vorgehen der Berliner Betriebsräte solidarisch und erkennt in dem trotz aller Sabotage der Instanzen des ADGB. zustande gekommenen Reichsbetriebsrätekongresses die einzige Möglichkeit, die gesamte Arbeiterschaft aus der fortschreitenden Verelendung herauszuführen."

Eine Belegschaftsversammlung der Telegraphenbauabteilung II (Moabit) nahm Stellung zu den Vorbereitungen des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, durch einen Reichsbetriebsrätekongreß die arbeitenden Massen aus den Betrieben zusammenzufassen zu einem einheitlichen Kampf gegen die allgemeine Verelendung. Die Belegschaft nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Belegschaft der Telegraphenbauabteilung II begrüßt den Aufruf des Reichsausschusses betreffs Reichsbetriebsrätekongreß, und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten!

Karl Kunert, Betriebsrat, 1. Vors., USPD.
Walter Sumpf, Betriebsrat, 2. Vors., parteilos".

## Das Aachener Wirtschaftsgebiet für den Reichsbetriebsrätekongreß.

In Aachen fand am Sonntag eine Vollversammlung der Betriebsräte statt, an der Vertreter aller Aachener Großbetriebe teilnahmen. Ebenso waren die kaufmännischen und technischen Angestellten vertreten. Diejenigen Betriebe, deren Betriebsräte sich geweigert hatten, die Vollversammlung zu besuchen, hatten Delegationen entsandt. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, den rheinisch-westfälischen und den Reichsbetriebsrätekongreß zu beschicken. In der Diskussion setzten sich ein SPD.-Kollege und mehrere USPD.-Kollegen für den Kongreß und gegen die Sabotage der Führer ein. Es wurde ein Fünfzehner-Ausschuß aus Mitgliedern aller Parteien gebildet. So ist das gesamte Aachener Wirtschaftsgebiet, das Kohlengebiet, das Wurmrevier und die Eisenhüttenindustrie für den Reichsbetriebsrätekongreß gewonnen. Das bedeutet einen großen Erfolg für die Betriebsrätebewegung.

## Aktionsausschuß der drei Arbeiterparteien in Saarbrücken.

Am Sonnabend nachmittag ist in Saarbrücken in gemeinsamer Verhandlung der drei sozialistischen Parteien ein Aktionsausschuß gebildet worden, bestehend aus je einem Mitgliede der SPD., USPD. und KPD und zwei Mitgliedern des ADGB. Es wurde beschlossen, einen 24stündigen Proteststreik gegen die Teuerung und politische Knebelung zu erklären. Die Kommunisten haben von diesem Aktionsausschuß die Einberufung eines Saararbeiterkongresses, der gleichzeitig den Reichsbetriebsrätekongreß beschicken soll, verlangt.

## Die Reichswehr „meutert".

Der Zusammenbruch der Republik beginnt auch ihre festeste Stütze zu erreichen. Unsere Brüder im Waffenrock, verführt und belogen und gefügige Werkzeuge zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft, beginnen mehr und mehr zu erkennen, daß ein Band alle umschließt, Arbeiter wie Bauern, wie Soldaten. An den verschiedensten Orten gärt es auch in der Reichswehr. Desertionen sind an der Tagesordnung. Schwere Arreststrafen sollen den „echten deutschen" Geist aufrecht erhalten und das alles kann doch nicht verhindern, daß Reichswehrsoldaten sich mit den Arbeitern in Verbindung setzen, daß sie die Arbeiterpresse zu lesen beginnen, ja, daß sie sogar, und das ist nicht in einem, sondern in vielen Orten der Fall, sich zur Aufnahme in die Kommunistische Partei melden.

Typisch für die Entwicklung der Dinge in der Reichswehr ist die „Meuterei" in der Festung Lötzen im Monat Juli d. Js. Wir sind heute in der Lage, Näheres über die Vorgänge vom 6. Juli zu berichten, die fast zur Besetzung der Festung geführt hätten.

Der Dienst im Infanterie-Regiment 2, 3. Bataillon, war so, daß eine immer wachsende Mißstimmung Platz ergriff. Vom 4-Uhr-Wecken bis zum 9-Uhr-Abend-Appell Schliff und Drill und Pionierübungen, dazu eine unerhörte Aeh-äh-Behandlung durch die Offiziere, unzureichendes Essen und verspätete Auszahlung der zustehenden Löhne. Die Soldaten, die während ihres Urlaubs die Not ihrer Familie sahen, die im Verkehr mit Klassengenossen mehr und mehr ihre Solidarität empfanden, beginnen sich gegen die schandmäßige Behandlung zu wehren. Vor allem „Fort mit den monarchistischen Offizieren!" „Wozu haben wir denn eigentlich Revolution gehabt!" Sie singen Arbeiterlieder. Doppelter Drill ist die Antwort. Der Rathenaumord erregt die Stimmung der Soldaten noch mehr. Am 7. Juli kommt es zur ersten Entladung. „Wir wollen nicht mehr „Deutschland, Deutschland über alles" müssen!" „Fort mit den monarchistischen Offizieren!" Die Stimmung bei den Mannschaften im ganzen Bataillon ist einheitlich. Man nimmt Verbindung mit der Arbeiterschaft auf. Es kommt zu Besprechungen, es kommt zur Versammlung im Stadtwald bei Lötzen. Der erste Redner stellte als Forderungen auf:

Beseitigung aller monarchistischen Offiziere und Unteroffiziere. Verringerung des Dienstes und bessere Behandlung. Sofortige Zahlung des schon bewilligten, viel zu unzulänglichen Teuerungszuschlages. Bis zur Bewilligung dieser Forderungen sollte geschlossen jeglicher Dienst verweigert werden.

Die Offiziere sind durch ihre Spitzel längst unterrichtet. Der typische Provokateur tritt auf: Die Forderungen müssen mit Waffengewalt durchgesetzt werden. Einige widersprechen, doch der Zug zieht geschlossen zur Kaserne.

Unterwegs begegnet ihnen zu Pferde der Chef der 9. Kompagnie, Hauptmann Reinicke. Er befiehlt: „Die Kolonnen halten". Und als man nicht auf ihn hörte: „Die anständigen Leute der 9. Kompagnie halten und auf mich hören." Doch niemand hörte auf ihn. Es erschall der Ruf „Weitermarschieren" und alles marschierte weiter. Hauptmann Reinicke galoppierte zur Kaserne zurück, ließ die Tore der einen Kaserne, der Deutsch-Ordenskaserne schließen und verteilte die bewaffneten Unteroffiziere am Zaun. Die andere Kaserne ließ er durch Meldegänger alarmieren.

Die Reichswehrsoldaten hatten sich inzwischen in Laufschritt gesetzt, um schneller zur Kaserne zu kommen. Sie konnten noch in die andere, die Wittenberg-Kaserne, hineingelangen und die Mannschaften der 10. Kompagnie holten sich dort ihre Gewehre, während die anderen sich scharfe Pa-

Vater: 's is, als wenn ich goar nischt gegaffen hätte! Die verfluchte Null!
Mutter: Du wirst dich de Luhnzuloage bekummen, dann keef ich Flesch . . .
Sohn: Im vorigen Monat hust du ebensu gesprochen, der Voater bekoam de Zuloage und 's gibt halt och wieder bluß Weeßkraut und Kartuffeln . . .
Mutter: Joa, wann halt olles asu schrecklich teier werd, doo genigt halt de Zuloage ooch noch lange nich. . . .
Mädchen: 's genigt nich, 's genigt nich! . . jou, woas gibt's denn doa im Loaden asu viel Schweenefleesch und Wurscht. . Weshoalb assen denn andre Leute asu viel dervune, wie se wull'n? Und warum kinn wir keens assen? (rasch) Vielleicht muuß man se bitten? . . .
Vater: Bitten? Nee, genug miet dam Betteln? Unsere Zuloagen, die sein ouch nur weiter nischt wie Almosen! Wenn wir oarbeeten, do mießten wir ooch soatt zu assen hoan. . . .
Mutter: Doas weeß ich joa ooch olles ohne Dich, vaber wie full man doas bluß oanstelln. . . .
Vater: Jitzt hoan de Kummunisten ane Nute Werbewuche. Mure oabend bin ich frei, da giehn wir olle ei de Versommlung und doo warden wir uns oahieren, woas die soagen. Mir scheint su, als ob die für uns ooch eenzig und alleene de Woahrheet reden und wissen, non wu doas verdomnite Alend kimmt und wie man's bezwingen koan.

tronen beschafften. Diese wurden verteilt und dann verließ man geschlossen die Kaserne und marschierte zur Deutsch-Ordenskaserne, die verschlossen vorgefunden wurde. Dort forderte der Hauptmann Reinecke: Antreten in zwei Gliedern. Dies wurde unter Lachen verweigert. Nun fragte der Hauptmann, was sie überhaupt wollten, und forderte sie auf, einzeln durch das inzwischen geöffnete Tor hineinzukommen. Dies wurde von den Reichswehrsoldaten verweigert und zwei von ihnen traten vor und erklärten, sie wollten nur ihr Recht, und der Bataillonsführer solle ihre Forderungen anhören. Die Verhandlungen dauerten eine Weile und so wurden die Mannschaften unschlüssig. Schließlich forderte der Oberleutnant Berghammer die 10. Kompagnie auf, ihre Gewehre zusammenzusetzen, die Patronen abzugeben und ihm in die Kaserne zu folgen. Dies geschah und damit sahen sich auch die anderen Kompagnien gezwungen, nachzugeben. Jeder begab sich zu Bett und es schien alles wieder in Ordnung, als plötzlich in derselben Nacht an 100 Mann festgenommen wurden. Diese wurden noch am nächsten Tage nach Lyck abtransportiert. Ueber die schändliche Behandlung der Soldaten in Lyck werden wir noch berichten.

## Das Stinnes-Geschäft.

Lubersac erklärte in einer Rede über sein Abkommen mit Stinnes. Stinnes habe kein Monopol erhalten, übrigens auch keins verlangt. Was die 6 Prozent Provision für Stinnes anbelange, so sei dagegen vom französischen (kapitalistischen) Standpunkt aus nichts einzuwenden, da es für den französischen Käufer gleichgültig sei, ob auf die Preise eine Provision angerechnet würde, die ausschließlich von der deutschen Reichsregierung bezahlt wird. Man könne es den Deutschen nicht verdenken, wenn auch sie auf ihre Kosten kommen wollen. Das Reich gelte nicht als guter Zahler. Darum mußte für die deutschen Lieferanten die Sicherheit geschaffen werden, daß mit anderen Werten als mit Schecks auf die Reichskasse bezahlt werde. Daher ist gegebenenfalls eine Intervention der Dresdner Bank vorgesehen.

Das Kohlenabkommen mit Stinnes hat den Sinn, daß die französische Wiederaufbaugesellschaft vom französischen Staat eine gewisse Menge der deutschen Reparationskohle kaufen und die dann an Stinnes zurückliefern kann. Diese Rücklieferung kann aber nur stattfinden, wenn die deutschen Reparationskohlenlieferungen voll und pünktlich geleistet werden.

Aus diesen Ausführungen Lubersacs geht klar hervor, was von uns wiederholt behauptet wurde, daß die sechsprozentige Provision an Stinnes ausschließlich aus deutschen Staatsgeldern, d. h. aus den Steuern der Arbeiterschaft, gezahlt werden. Die Behauptung, Stinnes habe kein Monopol, die auch von der VSPD.-Presse so stürmisch begrüßt wurde, wird hinfällig angesichts der Tatsache, daß sich alle deutschen Aufbaugeschäfte mit Stinnes vereinigen und so unter seiner Herrschaft einen Monopoltrust bilden.

Die vorgesehene Intervention der Dresdener Bank bedeutet nichts weniger, als daß diese deutsche Finanzgruppe der Reichsregierung gegenüber als Exekutor des vereinigten deutsch-französischen Schwerkapitals auftreten kann. Sollte die Reichsregierung nicht in der Lage sein, die stürmisch einsetzenden Sachlieferungen an Stinnes sofort zu bezahlen, oder sollten die Staatsschecks in den Augen der deutschen Lieferanten „allzu schlecht" werden, wird die Dresdner Bank auf Grund des Abkommens entsprechende Sachpfänder aus dem Staatseigentum in Anspruch nehmen.

Die verheerendste Wirkung auf die deutsche Wirtschaft [illegible] gen, besonders auf den [illegible] Kohlenabkommen ausüben. [illegible] der Reparationskohle gemäß eigener Verteilung [illegible] und er vereint mit allem Nachdruck die volle Erfüllung der Reparationskohlenlieferungen erzwingen. Er legt die Rolle der Gewerkschaftsführer ein, die mit [illegible] Durchbrechung des Ueberstundenabkommens die [illegible] ige und erhöhte Kohlenlieferung im Interesse von Stinnes garantiert haben. Die aus Frankreich zurückgelieferte Reparationskohle steht dem Stinneskonzern zur Verteilung zur Verfügung. Gegnerische Kapitalistenkreise deuten bereits an, daß Herr Stinnes mit Hilfe dieser Verteilung einen noch weit höheren Kohlenpreis erzwingen wird, als es die gegenwärtigen Wucherpreise sind. Diese Kohle geht sodann [illegible] die Sachlieferungen ein und soll als solche von der Reichsregierung mit den Steuergeldern der Arbeiterschaft an Stinnes zum zweiten Mal bezahlt werden, nachdem sie in Ueberstunden bereits fast umsonst von der Arbeiterschaft gefördert wurde. Herr Stinnes weiß auch, daß die Begleichung seiner Lieferungen seitens der Reichsregierung eine erhöhte Inflation Lieferungen seitens der Reichsregierung eine erhöhte Inflation, d. h. eine Vermehrung des Papiergeldes, weitere Markentwertung, weitere Entwertung des Reallohnes mit sich bringen muß. Ebenfalls gegnerische Kapitalistenkreise sagen auch offen aus, daß Herr Stinnes auf diesen weiteren Marksturz spekuliert.

Das sind in großen Zügen die allernächsten Segnungen des Stinnesabkommens, das mit Hilfe und Beteiligung des ADGB. zustande kam und von der Sozialdemokratie als „bereits unterzeichnet" sanktioniert wurde.

## Die englische Dardanellensperre.

Lloyd George erklärte vor Londoner Journalisten, England habe seine Dardanellenbesatzung verstärkt, um die Verbindung zum Mittelmeer und zum Schwarzen Meer aufrecht zu erhalten. Der Weltkrieg habe klar und deutlich gezeigt, welche Bedeutung den Meerengen für die Sicherheit des englischen Reiches und den Schutz des englischen Handels zukommt. Die Schließung der Dardanellen habe den Krieg um 2 Jahre verlängert. Die Freiheit der Meerengen sei eine der grundlegenden Bedingungen für den Weltfrieden. Wenn der Frieden im Orient ohne diese Garantien unterzeichnet würde, so würde dies eine Niederlage der Alliierten bedeuten. Die Meerengen sollten darum dem Völkerbund unterstellt werden.

*

In Paris fand eine neue Sitzung der Alliierten über die Orientfrage statt. Es wurde über die Bedingungen beraten, unter denen die Türken zu einer Konferenz über den Waffenstillstand sowie über den Friedensschluß eingeladen werden sollen. Zuvor hatte Poincare eine Besprechung mit dem jugoslawischen Gesandten.

Curzon hat nach dem „Temps" den englischen Standpunkt auseinandergesetzt. Die volle Souveränität der Türken über Konstantinopel soll anerkannt werden, doch sollten die Meerengen „unter die Kontrolle einer internationalen Gruppe gestellt werden, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht, soll".

Kemal Paschas Armee nimmt inzwischen an der asiatischen Küste der Dardanellen eine drohende Haltung ein. Die von England verhängte Sperre über die Meerengen hat die Lage verschärft. Um Ismed werden weitere kemalistische Truppen zusammengezogen. Man befürchtet in Konstantinopel ein türkisches Vorrücken. Kemal Pascha hat erklärt, wenn die Pariser Konferenz keine sofortige Lösung finde, würde die Aktion der türkischen Armee unvermeidlich werden.

Auf dem Balkan dauert die politische Spannung an. Bulgarien erklärt, daß es die Entwicklung im Orient genau verfolge, und den Zugang zum Meer, der ihm zugesagt wurde, unbedingt fordert. Andererseits meldet die „Chicago Tribune" aus Belgrad, daß starke jugoslawische Truppenabteilungen an der Südostgrenze Jugoslawiens bereitstehen, entweder gegen Bulgarien oder auf Konstantinopel zu marschieren.

## Jugendkonferenz in Oberschlesien.

Um die Kommunistische Jugend in Oberschlesien zusammenzufassen und mit dem Aufbau der Organisation beginnen zu können, beruft die Bezirksleitung der K. [illegible] für Sonntag, den 1. Oktober 1922, vormittags 9½ Uhr nach Hindenburg, „Monopol Pils", Friedrich-Karlstraße eine

**Kreiskonferenz**
**der Kommunistischen Jugend**

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Die politische Lage.
2. Gewerkschaften und Union.
3. Die nächsten Aufgaben der KJ. in Oberschlesien.
4. Organisatorisches.
5. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend in Oberschlesien sind verpflichtet, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden. Auf 10 Mitglieder fällt ein Delegierter.

Die Ortsgruppen der Kommunistischen Partei in Oberschlesien werden gebeten, zu dieser Konferenz einen Delegierten zu entsenden. Wenn möglich einen Genossen oder eine Genossin, die sich für die Jugendfrage interessieren.

Partei- und Jugendgenossen!

Es geht um das Bestehen und Gedeihen der Kommunistischen Jugend in Oberschlesien! Darum kommt zu dieser Konferenz, helft mit am Aufbau und Ausbau unserer Bewegung.

Von der Bezirksleitung werden zu dieser Konferenz zwei Genossen anwesend sein.

Auf, an die Arbeit.

Die Bezirksleitung Schlesien
der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

## An die arbeitende Bevölkerung Schlesiens.

Die am 17. September in Berlin stattgefundene Konferenz der Betriebsräte Groß-Berlins hat beschlossen, zum 22. Oktober einen Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen.

Zur Erledigung der Vorarbeit ist ein Reichsausschuß gebildet worden. Um die Arbeiten im Reiche zu vereinheitlichen, ist es unbedingt nötig, die Betriebsräte bezirksweise zusammen zu fassen. Zu diesem Zwecke beruft das unterzeichnete Reichsausschußmitglied für Sonntag, den 1. Oktober 1922, vormittags 9 Uhr nach Liegnitz* eine

**Konferenz der Betriebsräte Schlesiens**

ein. Kollegen! Der Wucher und das Schiebertum macht sich immer mehr breit. Der Hunger und das Elend wächst von Tag zu Tag. Um dem Wuchertum wirksam entgegen treten zu können, ist es unbedingt nötig, alle Kräfte zusammen zu fassen. Leider haben die maßgebenden Instanzen vollständig versagt. **Unsere Pflicht als Betriebsräte ist es, jetzt handelnd einzugreifen.** Dringenste Maßnahmen zu beraten und die Vorarbeiten zum Reichsbetriebsrätekongreß zu fördern, soll der Zweck der Konferenz sein.

**Wir fordern deshalb die Kollegen in sämtlichen Orten Schlesiens auf, Delegierte zur Konferenz nach Liegnitz zu senden.**

Sämtliche Orte, **zumindestes alle Großbetriebe** müssen vertreten sein. Zur Durchführung der aufgestellten Forderungen der Reichsbetriebsrätekonferenz sollen am 1. Oktober im ganzen Deutschen Reiche wuchtige Massenkundgebungen veranstaltet werden. Die Durchführung der Demonstrationen bleiben den örtlichen Betriebsräten überlassen. Kollegen, sorgt für vollzählige Beschickung dieser obigen Konferenz.

Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.
J. A.: August Thaler
Görlitz, Pouthestraße 14.

* Lokal wird noch mitgeteilt.

## Schlesische Rundschau.

### Polizeibeamte, wen schützt ihr?

In Haynau schicken die sozialdemokratischen Stadtväter die Polizisten, einen nach dem andern, auf die Polizeischule nach Cottbus, wo sie Monate lang die neuesten Errungenschaften des demokratisch-republikanischen Schutzes des Privateigentums und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mittels modernster Mordwaffen lernen sollen. Die Gemeinde erweist den jahrzehnte lang dienenden Beamten die Wohltat, für sie das Schulgeld zu bezahlen. Natürlich müssen sie sich verpflichten, wenn sie Haynau verlassen sollten, es zurück zu erstatten! Dafür aber, daß diese Beamte, die den Reichen ihre Herrlichkeit beschirmen und die öffentliche Ruhe und Ordnung in der die Arbeiterschaft ausgebeutet und geknechtet wird, schützen, alle, die jetzt auf die Polizeischule kommen, erhalten von der Stadt sage und schreibe vierzig Mark täglich — davon sollen sie Kostgeld bezahlen und die meist vielköpfige Familie erhalten, dabei untadeligen Lebenswandel führen, keine Schulden machen usw. Es ist Zeit, daß auch die Polizei die mit Ausnahme der reaktionären Offiziere ebenfalls aus ausgebeuteten Proletariern besteht, erkennt, daß ihre wahren Interessen nicht beim kapitalistischen Ausbeuterstaate, sondern bei den sich gegen die steigende Ausbeutung, gegen die wachsende Verelendung Verelendung kämpfenden Arbeiter und Angestellten liegt.

[illegible]


**An diesem Tage**

1922 September 1922

**29**

**Freitag**

beginnt der

**neue Roman**

in der Schlesischen Arbeiter-Zeitung


### Kommunistische Wahlerfolge in Polnisch-Oberschlesien.

Ueber die Wahlen zum Sejm berichtet unser Gleiwitzer Bruderblatt:

**Teilresultate der Wahlen zum Sejm.**

Trotz aller Versuche, die Wahlagitation unserer Partei mit allen Mitteln des Terrors zu unterbinden, hat die Kommunistische Partei bei den Sejmwahlen überall Fortschritte gemacht. An einzelnen Orten erzielte unsere Partei weit mehr Stimmen als die PPS.

Bis 10 Uhr lagen folgende Ergebnisse vor:

**Königshütte-Stadt:**

1. Deutsche Partei 8072.
2. Deutsch-Sozialdemokratische Partei 5963.
3. Nationaler Block (Korfanty-Partei) 5506.
4. Katholische Volkspartei 4805.
5. Nationale Arbeiterpartei 2691.
6. Poln.-sozialdemokratische Partei 1063.

[illegible]

Deutsche Sozialdemokratische Partei 3710.
Kommunistische Partei 1716.
Schlesische Volkspartei 122.
Deutsche Parteien 6150.
Katholische Volkspartei 4710.
Korfanty-Block 14 032.

## Gewerkschafts-Bewegung.

### Neuregelung der Beamtengehälter.

### Kommunisten vereiteln Gesetzpläne.

**Am Donnerstag fanden zwischen den Vertretern der Reichsbeamten und der Angestellten und der Reichsregierung endlich die Verhandlungen über die Septembergehälter statt. Freitag, morgens 3 Uhr, kam man zum Abschluß. Die Gewerkschaftsbürokraten erklärten ihre Zustimmung zu folgender Regelung. Zu den Grundgehältern wird der Teuerungszuschlag für alle Gehaltsstufen gleichmäßig von 437 auf 672 Prozent ab 1. September erhöht. Nur bei den Gehaltszusätzen, die für die Ehefrau und die Kinder gezahlt werden, soll eine Staffelung derart eintreten, daß die unteren Besoldungsgruppen einen prozentual höheren Zuschlag erhalten, wie die oberen. Dieses minimale Zugeständnis an die Forderungen der unteren und mittleren Beamten ist aber noch sehr weit davon entfernt, einen Ausgleich zu schaffen. Die Tatsache, daß ein Beamter oder Angestellter der Gruppe 3 mit einem Grundgehalt von 15 000 M. ab 1. September ein Mehreinkommen von nur 36000 M. im Jahre erhält, während die Aufbesserung eines Beamten der Gruppe 13 pro Jahr 192 000 M. ausmacht, d. h. fast das Doppelte des gesamten Jahresverdienstes eines Beamten der Gruppe 3 ist so empörend, daß darüber kein Wort weiter gesagt zu werden braucht.**

Die Drahtzieher in der Reichsregierung, insbesondere die Sozialdemokraten, sind sich wohl bewußt, was für eine hahnebüchene Verhöhnung für die in immer tieferes Elend versinkenden unteren und mittleren Beamtenschichten in solch einem schamlosen Angebot liegt. Deshalb wurden zum Freitag Vormittag Fraktionsvertreter aller Parteien **(außer den Kommunisten!)** in die Reichskanzlei eingeladen, um für die saubere Pläne der Reichsregierung „gewonnen" zu werden. Dienstfertig, wie das nun einmal im Charakter des Preußischen Staatsministeriums liegt, gab dieses den dienstlichen Befehl auf **Ausschluß der Kommunisten** in einer für die Allgemeinheit hoch bedeutsamen Frage, weiter. Das Schriftstück, von dem wir erst später Kenntnis erhielten, sieht so aus:

**Berlin, den 20. September 1922.**

**Telephonische Mitteilung vom Finanzministerium (Bürodirektor).**

**An den Herrn Direktor beim Landtag**

**Hier.**

**Am Freitag vormittag 1/2 10 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen Reichsministerium und Vertretern aller Fraktionen des Reichstages (außer Kommunisten) über Besoldungsfragen statt, zu der auch die preu-**

## Unter dem Bismarck-Denkmal.

Von **Mary Roth.**

Eins derjenigen Winkelchen, an die sich das Auge schon so gewöhnt hat, wo niemand mehr etwas neues sucht und andenen ein jeder gleichgültig vorbeigeht.

Das ist der Ort um das Bismarck-Denkmal herum auf dem Breslaue Königsplatz.

Die sich da unter schattigen Bäumen versteckenden Parkbänke sind nicht einfache Bänke, sondern wahre Zufluchtstätten.

Natürlich wird nicht diese Dame im Boa hier zu landen versuchen, und wenn ein Geck mit violettem Kavalierfetzen in der Brusttasche sich her verläuft, dann sicher, um eine Tüte voll Birnen zu entleeren, oder er hat ein Stelldichein verabredet. Doch nicht von ihnen ist die Rede. Diese Parkbänke werden hier nicht für Minuten, sondern für Stunden durch andere zu anderen Zwecken beansprucht. Dort vorne auf dem Platze — Glanz, Lärm, Buntheit — hier aber scheint das Leben abgestorben, aufgehört zu haben.

Als ob diese zerlumpten, verschossenen Figuren an die Bänke angeklebt wären, als ob sie nichts anderes bedürfen würden, als unter diesen Strahlen der bereits geschwächten Mittagssonne sich zu wärmen, auf der Bank sitzend auszuruhen.

Und nur, wenn man näher sieht, kann man merken, daß diese Ruhe nicht hier vorhanden ist, daß die Parkbänke ihr besonderes, unruhiges, furchtbares Leben haben.

Wodurch sollte man sich sonst erklären, daß die Bänke oft, als ob es Wohnungen wären, eingeteilt sind, die eine Bank für Greise, die andere für Greisinnen, die dritte für Kinderwagen samt Begleitung und so fort. Was vereinigt diese Frauen mit den Wägelchen dort auf der Bank? Sie kamen her, um bei ihresgleichen Mitgefühl zu suchen. Ihr Gespräch ist mit Zahlen gespickt, ihre Unterhaltung — ein jedes Wort ein Murren, eine Klage — Erinnerung an bessere Tage. Und während sie reden, wischen manche von ihnen Tränen aus, andere zählen die übrig gebliebenen, zerknitterten Markscheine und seufzen.

Auf der entgegengestellten Bank, den Kopf auf die verrenkten Finger, die sich in ihn hineinzubohren scheinen, gesenkt, sitzt unbeweglich ein Mann in Holzschuhen an den bloßen Füßen. Weshalb sitzt er da in dieser schrecklichen, verzweifelten Haltung. Wenn er mal den Kopf hebt, so sehe ich seine roten Augenlider. Weint er, oder was? Weshalb sitzt er hier eine Stunde lang und denkt scheinbar garnicht daran fortzugehen?

Gestern habe ich hier einen ebensolchen wie diesen gesehen. Einhändig, in engem, völlig abgewetztem einst grün-m Militärrock und in aus Flecken bestehenden Hosen. Mit der einen Hand zog er irgendwelche zerrissene Papiere hervor und zeigte sie einer Frau, erklärte ihr irgend etwas eilig mit bebenden Lippen. Dann blieb er ebenfalls in solcher Haltung sitzen, senkte den Kopf auf seine einzige Hand und starrte in den Sand. Ich begriff, wovon er gesprochen hat, weswegen seine Lippen bebten, als er die Papiere zeigte. Unwillkürlich hob ich meine Blicke zum Denkmal Bismarcks, zu diesem Manne, der Blut und Eisen, Macht vor Recht gegen die verstandesschwachen Untertanen verkündete.

Einst hast du dem deutschen Volke Glück versprochen, und die, die diese Führerrolle von dir übernahmen, gelobten, es herrlichen Zeiten entgegen zu führen... Wie lange wird man noch deines ähnlichen Glauben schenken... Wie lange wirst du noch als ein Sinnbild des Betrugs und der Willkür hier stehen bleiben...

Weshalb krümmte der getretene Kriegsbeschädigte seinen Rücken, weshalb drohte er nicht, ballte nicht verfluchend seine Faust, sondern kam her zur Parkbank... um zu klagen einer ebenso betrogenen und getretenen Frau?

Und dort der Greis. Lang wie eine Bohnenstange. Womit hat sich nur der Alte die Füße bekleidet? Wieviel gibt es dort in den Schaufenstern feste, schöne Schuhe, wieviel Leder... Gleich einige Paar kaufen elegante Damen und Herren auf einmal. Und hier, was ist das, das nach allen Richtungen ragt, klafft, baumelt, sind es Fetzen, sind es Reste einstiger urväterlicher Filzpantoffeln? Eine halbe Stunde sitzt er unbeweglich und blinzelt nach Greisenart die Sonne an, mit sich selbst ein Gespräch führend, dann zieht er vorsichtig ein Portämonai hervor und beginnt zu zählen.

Es klirren die halben Böhmen, sie klirren und klirren.

Da begreife ich, was für einen Reichen der lärmende König-Platz auf diese Bank hinausgeworfen hat.

Der Auswurf der Gesellschaft....

Diese zitternden Hände bringen mich auf andere Bilder. Eine ebenso alte Frau. „Alt bin ich geworden, koche schlecht... geh' wo du hinwillst und wohin soll ich gehen?" Sie kaut mit ihren greisen Lippen, ihre Hände tattern und die Augen blicken zahm und hilflos. Das war auch hier gewesen und in der Mittagsstunde. Auch sie suchte die beschmutzten Markscheine, glättete sorgsam und zählte sie, auch hier klirrten die Fünfpfennigstücke. Bei ihrem Weggehen entging mir nicht, wie sie ein klaffendes Loch im Rocke unter der Schürze zu verbergen versuchte.

Auch sie drohte nicht, ja sie verbarg ihr zerissenes Kleid um den Glanz des Königs Platzes nicht zu verderben ebenso wie jener Kriegsverletzte der zugleich mit seinem Pensionsbuche seinen hungrigen ausgezehrten Magen vor der Sattheit derjenigen, die auf seinen Heldenmut und Blut spekulierten, verbarg.

„Fein und fest" höre ich und schaue hin. Gebeugt befühlen und betrachten sie etwa 5 Meter eines grauen karrierten Stoffes.

Aber der Käufer weigert sich.. es paßt ihm nicht.

Eine Sekunde blieb der halbbettelnde, halbfragende Blick des abgewetzten Verkäufers auf mir haften. Und ich sehe darin: „Kaufe nun? Ich muß doch leben...." Wie lang wird er mit diesem beschmutzten Stoffe noch herumwandern, bevor er ihn endlich verkauft, so wie es gerade gehen wird.

Der Hunger ist ein guter Bezwinger.

Denn wann denn sonst als jetzt, dasjeninige was in der Familie eines solchen Proletariers für den trüben Tag aufgehoben wurde, wird jetzt hervorgeholt und verkauft.

So geht das Leben unter dem Bismark-Denkmal.

So geht es nicht nur hier, sondern überall, auf jedem Platze einer beliebigen kapitalistischen Stadt, allenthalben wo die Denkmäler der gewaltsamen Knechtung stehen und beschützt werden.

Vorläufig kümmen und verstecken sich noch die Stammgäste der Parkbänke, doch der Tag wird kommen, wo die rote Flut auch diesen Winkel und alle ihm ähnlichen füllen wird. Die Denkmäler der Helden der alten Welt der Knechtung und Ausbeutung werden niedergerissen werden. Von ihren Sockeln herab werden neue Rufe, neue Parolen erschallen.

Und auch diese Menschen der finstern Tage werden berufen sein, für ein neues, glückliches Leben für alle zu wirken.

zischen Staatsminister und die Fraktionen des Landtags (außer Kommunisten) eingeladen sind.

Das Finanzministerium zugleich im Namen des Staatsministeriums bittet, die Fraktionen (außer Kommunisten) hiervon zu verständigen.

Berlin, den 20. September 1922.

Den Herren Fraktionsvorsitzenden
zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst übersandt.
Der Direktor beim Landtag.

Diese Benachrichtigung wurde tatsächlich auch an alle Fraktionen (außer den Kommunisten) gesandt. Keine Fraktion hielt es für notwendig, uns von dem hinterhältigen Spiel Mitteilung zu machen. Die kommunistische Fraktion erhielt vielmehr eine andere Einladung, worin von ihrer beabsichtigten Ausschließung keine Rede war, und ging in voller Unkenntnis der Absichten des Reichs- und Staatsministeriums hin, weil die Interessen der unteren und mittleren Beamten und Angestellten zur Erörterung standen. Auffällig war die gedrückte Stimmung, die sich beim Erscheinen unserer Genossen über die Versammelten ausbreitete und der „ungnädige" Ton, den der Sozialdemokrat Bauer bei seinem Bericht anschlug. Unsere kommunistischen Genossen hatten, ohne es zu wissen, den „arbeiter- und beamtenfreundlichen" Herrschaften die Suppe gründlich versalzen. Erst bei ihrer Rückkehr erhielten sie von dem oben abgedruckten Schriftstück Kenntnis.

Natürlich benutzten unsere Vertreter, die Gen. Menzel und Knoth, die erste Gelegenheit, die sich ihnen bot, die zu 6 Uhr abends anberaumte Sitzung des Ständigen Ausschusses, um dem Staatsministerium gründlich die Meinung zu sagen. Die Antwort war das hilflose Gestammel tödlicher Verlegenheit. Nur der Sozialdemokrat Leinert erklärte in seiner schnoddrigen Art: er hätte es schlauer angefangen, wenn er, wie er es schon mehrfach getan habe, die Kommunisten nicht dabei haben wollte.

An diesem lehrreichen Vorkommnis können Arbeiter- und Beamtenschaft ersehen, daß es lediglich die Kommunisten sind, von denen alle Parteien und die Regierung wissen, daß sie sich zu keinem Verrat proletarischer Interessen mißbrauchen lassen, und daß man den immer mehr wachsenden Einfluß unserer Partei bis in die höchsten Stellen hinein fürchtet.

# Lokales.

**Breslau.**

## Das Marschlied der USP.

Die USP. sinkt in Noskes geöffnete Arme. Noch vor der kurzem war ihr das „System Noske" ein Abscheu. Aus Broschüre, die unter diesem Titel im Verlag der unabhängigen „Freiheit" erschien, und die mit den Noskesozialisten abrechnete, entnehmen wir das nachfolgende Gedicht. Es war unter dem Titel „Die antimilitärische Propaganda" oder „Lieb Vaterland, magst ruhig sein", bereits 1907 in den „Lustigen Blättern" erschienen und erwies sich als eine verblüffend ahnungsvolle Prophezeiung. Wir wärmen es auf, damit die Nürnberger USP.-Delegierten auf dem Wege zur VSPD. etwas zu singen haben.

Herve will Soldatenstreik,
Liebknecht spricht so ähnlich,
Ledebour zeigt sich dem Heer
Auch nicht sehr versöhnlich;
Doch der Hoffnung letzten Rest
Soll man nicht verlieren,
Eins steht heute bombenfest:
Noske wird parieren!

Geht es mal in ferner Frist
Ans Kanonenfuttern,
Denkt so mancher Reservist:
„Nee, — ick bleib' bei Muttern!"
Doch das soll uns Kampf und Schlacht
Nimmermehr vergällen,
Denn es ist heut ausgemacht:
Noske wird sich stellen!

Kommandiert der Herr Major:
„Feuer vorn und hinten!"
Ruft ein arbeitsscheues Korps:
„Schmeiß mer fort die Flinten!"
Aber dennoch, Mut, nur Mut!
Laßt's euch nicht verdrießen,
Denn wir wissen absolut:
Noske, der wird schießen!

Noske schnallt den Säbel um,
Noske geht aufs ganze,
Noske feuert bum, bum, bum,
Noske stürmt die Schanze,
Noske schreit hurra, hurra!
Noske hält die Wachen,
Noske schießt Viktoria,
Noske wird's schon machen!

### Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste.

Diesen Gedanken hegte wahrscheinlich der hiesige hochlöbliche Magistrat, als er endlich auf Grund der Verfügung des Ministers des Innern, Severing, sich dazu veranlaßt fühlte, die Bilder aus monarchistischer Zeit, die noch immer die Wände der Schul- und anderer öffentlicher Amtszimmer schmückten, zu entfernen. Denn anstatt dieselben dorthin, wohin sie gehören: nämlich in die Rumpelkammer, zu expedieren, hin sie gehören: nämlich in die Rumpelkammer, zu expedieren oder, was noch besser wäre, in klingende, jetzt allerdings papierne Münze zu verwandeln, da es immer noch Idi- und Patrioten genug gibt, die Geld für solche Andenken aus feudalistischer Zeit übrig haben, werden dieselben, wie uns berichtet wird, fein säuberlich eingepackt und dem hiesigen Schulmuseum zur Aufbewahrung übergeben. Man kann nicht wissen: Wilhelm II., der Glorreiche, und seine herrlichen Zeiten könnten doch noch mal wiederkehren und — da sind wenigstens die illustriertesten Beweise der alten Liebe und Treue gleich wieder zur Stelle. Anscheinend hofft der Magistrat darauf, daß die herrlichen Zeiten Wilhelms des Verlorenen wiederkehren und da der Breslauer Magistrat im bezug auf Sparen vorbildlich ist, kann seine Fürsorglichkeit für die Kaiserbilder verstanden werden. Sie wird wenigstens von den einsichtsvollen sozialdemokratischen Stadtvätern verstanden, die natürlich nicht auf endgültiger Beseitigung der Kaiserbilder bestehen. So was können nur Kommunisten fordern, nicht wahr, Herr Dark?

**Nieder-Salzbrunn.**

**Die Paradepferde des Bürgertums.** Nachdem nun endlich nach vielen Geburtswehen die bürgerlichen Vorschlagslisten zur Gemeindevertreterwahl, Demokraten mit Deutschnationalen gemeinsam und die Zentrumsliste herausgekommen sind, wollen wir es nicht unterlassen, der Arbeiter- und Beamtenschaft die Tätigkeit der verflossenen bürgerlichen Gemeinde-Vertreter noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, denn es befinden sich auch einige der so überaus arbeiterfeindlichen Herrschaften auf der jetzigen Vorschlagsliste und hoffen, auch diesmal das Gemeindeparlament für ihre Geldsackinteressen ausnützen zu können. Wir begegnen auf der jetzigen Vorschlagsliste der Bürgerlichen wieder einem der skrupellosesten Reaktionäre und einem der widerwärtigsten Arbeiterfeinde, dem Fabrikbesitzer Saettler. Gerade ihm hat es die Gemeinde mit zu verdanken, daß sie jetzt, ein halbes Jahr vor allgemeinen Neuwahlen zu den Gemeindekörperschaften diese großen Kosten aufbringen muß. Herr Saettler hat während seiner ganzen Tätigkeit als Gemeindevertreter mit aller Offenheit gezeigt, daß er nicht das mindeste Interesse für die Arbeiterschaft hat. Es sei nur daran erinnert, mit welchen Mitteln er es seiner Zeit verstanden hat, im Auftrage der Firma Ohme die ihr gehörige Gasanstalt vor der Kommunalisierung zu retten. Es sei ferner daran erinnert, wie gerade Saettler eine der Haupttreiber mit war, dem jetzigen Gemeindevorstand, der nach seinem Amtsantritt voriges Jahr anfing, die von seinem Vorgänger und der vorigen bürgerlichen Gemeinde-Vertretung unterlassenen, für die Allgemeinheit und für die Arbeiterschaft so notwendigen kleinen Verbesserungen in der Gemeinde mit Hilfe der Arbeitervertreter im Gemeindeparlament durchzuführen, Knüppel in die Beine zu werfen, ihn durch fortwährende wahrheitswidrige Beschwerden bei seiner vorgesetzten Behörde unmöglich zu machen. Es sei der hiesigen Arbeiterschaft noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen, wie gerade der Herr Direktor Saettler es war, der sich gegen jede Ausgabe in betreff der so notwendigen Wegeausbesserung und Kanalisation wehrte, angeblich aus Sparsamkeitsrücksichten. Wie diese Sparsamkeit von diesem auch „Volksvertreter" aussieht, haben wir auch kennen gelernt. Sein Arbeitgeber, der Millionenschwere Fabrikbesitzer Ohme hier hat aus lauter Sparsamkeit nicht einmal die Gemeindesteuern von 1920/21 gezahlt, sodaß die Gemeinde in ihrer Bedrängnis zu den schärfsten Mitteln greifen mußte, und es, wenn nicht in Kürze bei dieser Firma eine Aenderung zum Besseren eintritt, auch wieder tun muß. Und der Herr Direktor dieser Firma spielte und will auch jetzt wieder im Gemeindeparlament den sparsamen Volksvertreter spielen. Arbeiter, Arbeiterinnen, Wähler von Nieder-Salzbrunn, gebt diesem Herrn Volksvertreter am 1. Oktober die ihm gebührende Antwort, sorgt dafür, daß dieser Geldsackvertreter nie mehr das Gemeindeparlament verunziert. Noch einem solch reaktionären früheren Gemeindevertreter begegnen wir auf der neuen Vorschlagsliste der Bürgerlichen wieder: dem Gutspächter Köhler, der auch seine arbeiterfeindliche Politik in der neuen Gemeindevertretung fortsetzen möchte. Wir brauchen Euch, Wähler von Nieder-Salzbrunn nicht erst schildern, in welcher Weise gerade dieser Herr seine Arbeiterfreundlichkeit an den Tag legte. Der Name allein wird Euch genügen, um dieser bürgerlichen Liste keine Stimme zukommen zu lassen. Nun wollen wir uns einmal einige der neuen Herren ansehen, die sich diesmal von den Bürgerlichen haben einfangen lassen, um als Zugmittel auf dieser bürgerlichen Liste für die Dummen zu stehen. Da ist uns besonders der Spitzenkandidat dieser bürgerlichen Liste recht interessant. Es ist dies der Lokomotivführer Max Niepel. Dieser soll dazu beitragen, recht viele Stimmen der hiesigen Eisenbahner für die bürgerliche Liste einzufangen. Ob aber die Eisenbahner in ihrer Mehrheit gewillt sind, gerade diesem Auch-Kollegen eine Stimme zu geben, möchten wir bezweifeln; denn sie wissen ja doch alle, wie sie ihren Kollegen Niepel einzuschätzen haben. Wie gerade dieser Spitzenkandidat eine recht wunderbare Wandlung hinter sich hat, möchten wir all den Eisenbahnern, die es etwa vergessen haben oder es noch nicht wissen, noch einmal sagen: Wer war es, der im Eisenbahnerstreik im Februar d. Js. so überaus stark in Radikalismus machte und am liebsten die ganze bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft auf einmal vertilgt hätte? Wer war es, der den Eisenbahnern in der Versammlung zurief, die Eisenbahner sollen sich nicht als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen, sie sollen sich auch das Streikrecht nicht rauben lassen und die Lehre aus diesem Streik ziehen? Herr Niepel war es, der damals diesen so vernünftigen und berechtigten Appell an seine Kollegen richtete. Und heute? Heute blamiert sich derselbe, damals so radikale Herr Niepel auf der Arbeiter- und beamtenfeindlichsten Liste des Bürgertums als Spitzenkandidat. Wirklich, Herr Niepel hat die Lehre aus dem verflossenen Streik gezogen, Herr Niepel hat Anschluß gesucht und auch gefunden, aber nicht bei denen, die damals restlos bei dem Kampf der Eisenbahner auf Seiten der Kämpfenden standen, sondern bei denen, die damals und heute noch die schlimmsten Feinde der Beamten waren und sind, wenn diese Beamten zu dem letzten Mittel greifen, um sich vor Verelendung zu schützen. Herr Niepel hat sich nicht gescheut, offen zu den Feinden seiner Kollegen überzugehen. Herr Niepel zeigt dadurch, daß er als Spitzenkandidat dieser erzreaktionären bürgerlichen Liste fungiert, daß er gewillt ist, die Interessen des Geldsacks gegen die Interessen der Beamten und Arbeiter zu vertreten. Eisenbahner, Wähler von Nieder-Salzbrunn, wollt Ihr die Schmach auf Euch laden, diesem Verräter an Euren Interessen am 1. Oktober auch nur eine Stimme zu geben? Die Antwort kann und darf nur sein, nein niemals, keine Stimme dieser Liste Niepel. Aber auf dieser netten Liste befindet sich noch so ein Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft. Es ist dies der Bergbauer Wilh. Hartrampf. Auch dieser Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft hat — bei dieser zweifelhaften Ehre, als Kandidat auf der Bürgerlichen Liste zu glänzen — vergessen, daß gerade er die bittersten Erfahrungen mit dieser kapitalistischen Gesellschaft in seiner Eigenschaft als Mieter gemacht hat. Zu wem sandte Hartrampf um Rat und Tat, um sich vor den Drangsalierungen seines brutalen Hauswirtes zu schützen? Etwa zu seinen jetzigen kapitalistischen Freunden? O nein, er suchte Hilfe bei denen, die er durch seine heutige niedrige Handlungsweise verrät und bekämpft. Die Mieterschaft und die Arbeiterschaft wird auch diesem Verräter am 1. Oktober die gebührende Antwort erteilen. Und wer präsentiert sich uns Arbeiterwählern noch auf der Zentrumsliste? Es ist dies der hier allbekannte (aber nicht im rühmlichsten Sinne) Herr Pfarrer Herde, derselbe Herr, der in der letzten Gemeindevertretersitzung, als die Bürgerlichen noch nicht streikten, so mutig aus der Sitzung davon lief, weil er dafür überhaupt noch nie viel Interesse gehabt hat. Es ist derselbe Herr Pfarrer Herde, der der Treiber zu den ganzen Beschwerden gegen die Arbeitergemeindevertreter und den jetzigen Gemeinde-Vorstand ist. Er hat es verstanden, ohne selbst ins Vordertreffen zu gehen, den Konflikt bis zum Platzen zu schüren und dabei den ahnungslosen Engel zu mimen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Wähler von Nieder-Salzbrunn, besonders ihr Arbeiterfrauen, laßt Euch von Zentrumsfelte nicht einfangen durch das Gesalbader, es wäre Pflicht eines jeden katholischen Wählers, nur der Zentrumsliste die Stimme zu geben. Hat denn der Vertreter der christlichen Nächstenliebe schon einmal gezeigt, daß er solche seinen Mitchristen gegenüber besitzt? Mit nichten. Wer von Euch Arbeiter, die ihr alle in engen und ungesunden Wohnungen haust, hat schon einmal beim Herrn Pfarrer Herde angefragt, ob derselbe ihm nicht eine von seinen überflüssigen Stuben vermieten würde? Nicht eine würdet ihr bekommen, denn der Versuch ist gemacht worden. Aber der Vertreter der christlichen Nächstenliebe hat nicht einmal ein Zimmer für einen Glaubensgenossen übrig gehabt. Und Euch mutet man zu, einen solchen Mann ins Gemeindeparlament zu wählen? Eure Antwort sei am 1. Oktober: Kein Arbeiter, keine Arbeiterin, kein Beamter und Angestellter wird zum Verräter seiner Klasseninteressen, keine Stimme der Bürgerlichen Liste Niepel und keine Stimme der Zentrumsliste Heerde. Dafür aber alle Stimmen unseren Klassengenossen aus der Grube, aus dem Betriebe, die wir kennen und von denen wir wissen, daß diese nur unsere Interessen vertreten, dies ist nur

**Liste Metzner—Scharf.**

# Massen heraus!

**zu den am Donnerstag, den 28. Sept. 1922 stattfindenden**

## Öffentl. Versammlungen

**in Breslau, Namslau, Steinau**
**Peterswaldau, Petersdorf i. R.**
**Liebau, Langenbielau.**

**Gesprochen wird über:**

## Der Weg aus dem Elend

**Partei- und Klassengenossen! Werbt für unsere Versammlungen! Stärkt unsere Presse,**

**denn es ist „Rote"**

# Werbe-Woche!

# K ★ P ★ D

## Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

### Bezirksleitung.

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837.

Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto Breslau 58864, Alfred Oelßner.

### Unterbezirk Breslau.

Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Josef König.

**Die Ortsleitung** fordert die Distriktskassierer auf, zum nächsten Abrechnungstermin sämtliche Restbestände an Marken mitzubringen.

**Breslau.** Mittwoch, den 27. Septbr., Vorstandssitzung der Metallarbeiter-Fraktion im Parteilokal.

**Kommunistische Eisenbahner.** Die verausgabten Broschüren zum Verbandstag sind sofort abzurechnen.

### Unterbezirk Waldenburg.

Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 14 F. Melzer.

**Fellhammer.** Freitag, den 29. September, nachmittags 6 Uhr im Gasthof zum Mayrauschacht Große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Der Weg aus dem Elend". Referent Genosse Biewald.

**Fellhammer.** Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Mayrauschacht Mitgliederversammlung. Alle Genossen und Genossinnen haben für einen guten Besuch zu sorgen. Frauen und Jugendliche sind mitzubringen. Referent ist anwesend.

**Liebau.** Mitgliederversammlung am Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr, Stadt Berlin (Saal). Alle müssen erscheinen. Zeitungsleser und Sympathisierende sind eingeladen. Literatur liegt aus.

**Lieb. u. K. J.** Die Funktionäre nehmen an der Mitgliederversammlung der Partei am Freitag, den 29. teil.

**Langenbielau.** Donnerstag, den 28. September, anschließend an die öffentliche Versammlung — Mitgliederversammlung. Ein jeder muß erscheinen.

**Langenbielau.** Sonnabend. Uebungsabend des Sprechchor fällt aus.

**Neu-Salzbrunn.** Sonnabend, den 30. September, abends 7 Uhr, im „Volkswohl" Mitgliederversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Genossen, welche Frühschicht haben, zur Stelle sein. Frauen mitbringen. Zu dieser Versammlung laden wir die Konradsthaler Genossen ein.

**Neu-Salzbrunn.** Bergarbeiter-Verband. Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 9 Uhr, Zahlstellen-Versammlung im „Finsterbrunn". Alle Genossen müssen erscheinen. Der Kampf gegen die Teuerung.

**Peterswaldau.** Donnerstag, den 28. September, abends ½8 Uhr, im Saale des Herrn Petrausch öffentliche Volksversammlung. Genosse Hamann spricht über das Thema „Der Weg aus dem Elend".

**Peterswaldau.** Sonnabend, den 30. September, abends ½8 Uhr, bei Klette, Mittel-Peterswaldau, Mitgliederversammlung. Jeder Genosse hat zu erscheinen. Das Fehlen der Säumigen und die dauernden Entschuldigungen sind unstatthaft und zeugt von keinem Kampfesmut. Die wirtschaftliche Notlage zwingt uns zu dieser Frage ganz besonders Stellung zu nehmen, darum erscheine ein Jeder.

**Waldenburg.** Achtung Bauarbeiter u. Zimmerer. Donnerstag, den 28. September, abends 7 Uhr, im Eisernen Kreuz in Altwasser wichtige Fraktionssitzung. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.

**Waldenburg.** Fürstliche Gruben. Sämtliche da beschäftigten KPD.-Genossen erscheinen Donnerstag, den 28. September, abds. 6 Uhr im Schützenhaus zu einer Sitzung: Stellungnahme zum Reichsbetriebsrätekongreß. Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

### Agitationsbezirk Langenbielau.

Sonnabend, den 30. September, Schobergrund.
Sonntag, den 1. Oktober, Friedrichshain, früh 9 Uhr.
" " " Steinkunzendorf, nachmittags 4 Uhr.
" " " Raudnitz, " 4 "

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräf; Inserate: Max Zschocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus**
Operettenbühne. Tel. R. 2545
Heute u. täglich 7½ Uhr:
**Die beiden Nachtigallen.**

**Liebich-Theater.**
Täglich 7½ Uhr:
**Das grosse September-Programm**

**Zeltgarten**
Im prachtvollen Garten täglich 8 Uhr
**Das grosse Varieté-Programm.**